

Newsletter vom 10. 6. 2018

Inhalt

Vorwort	1
Unbildung 4.0	2
Wenn Wissenschaftssprache einschüchtert	4
Besser machen, was gut ist	7
Über den Mittag streiten.....	9
Die Tagesschule kommt ins Gesetz	12
Lehrer müssen Klassenchats auf Whatsapp löschen.....	13
Ausgewählte Kommentare	15
Grossraumbüros statt Schulzimmer?	16
«Der Stoff muss vom Lehrer vermittelt werden».....	16
Veranstaltungshinweise	18
«Das Lernen der Kinder ins Zentrum stellen» Vortrag von Carl Bossard	18
«Von der Energie menschlicher Beziehung – im Zeitalter der Digitalisierung» Vortrag von Carl Bossard	19

Vorwort

Liebe Leserinnen

Liebe Leser

Am vergangenen Montag war Bildungsdebatte im Kantonsrat. Die Debatten sind immer sehr lebhaft, kontrovers, oft auch emotional. Die Diskussion um ein **neues Tagesschulgesetz** wurde ausführlich und lange geführt, die Meinungen gingen stark auseinander. Was sind Tagesschulen und was heisst es, wenn Gemeinden offiziell per Gesetz Tagesschulen einführen können? Wie wird vermieden, dass Tagesschulen zu einem Zwang werden und Eltern, die ihre Kinder über Mittag nach Hause nehmen wollen, dies trotzdem noch können? Berichte über die Meinungen der Parteien finden Sie in unserem Newsletter.

Die **Einführung des neuen Lehrplan 21** beschäftigt uns weiter. Es geht jetzt in die heisse Umsetzungsphase. Kanton, Gemeinden, die Schulen und letztlich jede/r einzelne Bürger/in sind davon betroffen und tragen die Auswirkungen.

Jetzt ist die Bildungsdirektion gefordert, diesen – wie versprochen – pragmatisch umzusetzen. Weiterhin erwarten und pochen wir darauf, dass...

- der Lehrplan praxistauglich angewendet wird und dieser die unternehmerische Freiheit der Lehrpersonen nicht einschränkt.
- weiterhin Inhalte und Zusammenhänge gelehrt werden und sich die Schülerinnen und Schüler konkretes Wissen aneignen, worauf sie aufbauen können.
- nichts verschwiegen wird, falls sich in einem Fach durch die Fülle an Bildungszielen ein Abbau bei den Grundanforderungen einstellen sollte.
- der Kindergarten weiterhin Kindergarten bleibt und nicht bereits auf dieser Stufe Lernziele gesetzt werden.
- die Arbeitszeit und Sitzungsgelder im Zusammenhang mit dem Lehrplan in Massen gehalten werden, damit sich Lehrkräfte auf ihren Hauptauftrag, die Wissensvermittlung, konzentrieren können.
- hohe Mehrkosten für Lehrmittel, Weiterbildungen und Weiteres vermieden werden, soweit dies überhaupt noch möglich ist.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Für die «Starke Volksschule Zürich»

Anita Borer

PS: Wollen Sie in unserem Redaktionsteam mitmachen? Die Zusammenstellung des Newsletters erfolgt auf elektronischem Wege. Der Aufwand ist bescheiden. Bitte melden Sie sich bei Ruedi Richner, info@starkevolksschulezh.ch.

Unbildung 4.0

NZZ-Verlagsbeilage 6.6.2018

Wie digital soll das Bildungssystem der Zukunft sein?

Von Konrad Paul Liessmann

Bildung funktioniert auch ohne Digitalisierung. Trotzdem sollte man sich digitalen Technologien in der Schule nicht gänzlich verschliessen.

Die Frage, wie digital das Bildungssystem der Zukunft sein soll, lässt sich klar beantworten: so wenig wie möglich. Und dies einfach deshalb, weil Bildung die Digitalisierung weder in einem besonderen Masse erfordert noch kategorisch ausschliesst. Solange Bildung mit dem Beherrschen grundlegender Kulturtechniken, der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit, dem Erwerb von Wissen, dem Verständnis von Zusammenhängen, den Kenntnissen der bedeutenden Dokumente der Künste und Literaturen, der Formung der eigenen Persönlichkeit in Hinblick auf Mündigkeit und Autonomie, der Schulung moralischer Sensibilität zu tun hat, ist für diesen Prozess die Frage der Digitalisierung einfach sekundär. Neugier und die Lust am Wissen, die Freude am Lesen, das Verständnis für die Methoden und Ergebnisse der Wissenschaften, die Beherrschung von Fremdsprachen, der Sinn für historische Zusammenhänge, die Schulung des ästhetischen

Geschmacks, die Bildung einer politischen und moralischen Haltung gegenüber der Welt – all das kann erworben, geübt, verfeinert und weiterentwickelt werden ganz ohne Digitalisierung.

Empathie und Kreativität leiden

Das heisst nicht, dass man auf digitale Techniken nicht auch zurückgreifen kann, manches mag dadurch rascher und leichter gehen, und die bürokratischen Prozesse in Bildungssystemen, von der Organisation des Unterrichts bis zur Verwaltung der an- und abfallenden Daten, werden auf die Segnungen der Digitalisierung nicht verzichten. Mit Bildung in einem emphatischen Sinn hat das aber nur am Rande zu tun. Und bislang zumindest gibt es keine stichhaltigen Untersuchungen oder Beobachtungen, die zeigen könnten, dass die Digitalisierung des Unterrichts Lernprozesse wesentlich beschleunigt oder verbessert. In manchen Ländern verschwinden die Laptop-Klassen so schnell, wie sie gekommen sind, denn die negativen Auswirkungen eines zu frühen oder falschen Einsatzes digitaler Technik im Unterricht zeigen sich rasch. Das Ablenkungspotenzial ist gross, die Konzentrationsfähigkeit nimmt ab, Flüchtigkeit wird zur dominanten Aneignungsform, Phantasie und Kreativität werden stranguliert, die Gedächtnisleistungen leiden ebenso darunter wie der Sinn für einen langen Atem, ohne den Bildung nicht gelingen kann. Die Tendenz aller Digitalisierung besteht darin, Menschenwerk zu automatisieren. Das gilt auch für die Bildung, sofern diese auch als Prozess der Arbeit an der Welt und an sich selbst gedeutet wird. Das aber bedeutet: Die Applikationen und Algorithmen helfen uns nicht, uns zu bilden, sondern sie nehmen uns die Bildung ab. Unsere digitalen Assistenten lesen für uns und lesen uns das, was sie uns zumuten wollen, vor; wir können ihnen befehlen und diktieren. Wir müssen weder selbst lesen noch schreiben können, um informiert und kommunikationsfähig zu sein. In den Clouds lagert alles Wissen dieser Welt, physikalisch weit weg und doch nur eine Geste entfernt. Wir könnten, wenn wir wollten, jederzeit darauf zugreifen – aber wer will schon? Früher wäre es wohl niemandem eingefallen, einen Menschen, der neben einer Bibliothek wohnt und diese jederzeit betreten könnte, es aber nie tut, als gebildet zu bezeichnen. Wir hingegen verwechseln gerne die Möglichkeit des Zugriffs auf Wissen mit dem Wissen selbst. Der gerne geäusserte Satz, dass es nicht mehr darum geht, etwas zu wissen, sondern darum, zu wissen, wo man nachschlagen kann, drückt diese verhängnisvolle Verwechslung prägnant aus.

Natürlich wird die Digitalisierung unser Leben bestimmen. Bildung aber bestünde im Anspruch, diesem Prozess souverän, gestaltend und selbstbewusst begegnen zu können, und nicht darin, sich diesem blind zu unterwerfen. Wer junge Menschen zu einer reflektierten und kritischen Haltung gegenüber sozialen Medien, Filterblasen, automatisierten ideologischen Botschaften und den Verführungen einer digitalen Zerstreungsindustrie erziehen möchte, wer ihre Sensibilität angesichts der sozialen und ethischen Fragen, die der Einsatz künstlicher Intelligenz aufwerfen wird, wecken möchte, kann sich nicht darauf beschränken, das Programmieren als neue Kulturtechnik zu propagieren.

Freiheit und Mannigfaltigkeit

Wichtiger wird es sein, jene Formen des Denkens, Kommunizierens, Wissens und Fühlens zu schulen, die sich auch anderen Quellen, Methoden und Erfahrungen verdanken und deshalb einen anderen, auch distanzierteren Zugang zur digitalisierten Welt erlauben. Da es ohnehin nicht zu verhindern ist und auch nicht verhindert werden soll, dass junge Menschen in eine digitale Welt hineinwachsen, wird es zu einer entscheidenden Aufgabe von Bildungseinrichtungen, zu zeigen, was es sonst noch an Wissenswertem, an Schönem, an Erfahrungsmöglichkeiten, an Denkwürdigem gibt. Nur eine Bildung, die sich ihrer nichtdigitalen Dimension bewusst ist, wird die Chancen der jungen Menschen auf die digitalisierte Arbeitswelt der Zukunft wahren. Das klingt paradoxer, als es ist. Denn in dieser Welt werden nur jene reüssieren, deren Kenntnisse und Fähigkeiten nicht

automatisiert werden können und die imstande sind, mit Automaten zu leben und zu arbeiten, ohne sich in deren Abhängigkeit begeben zu müssen. Dazu wird viel Kraft, Phantasie und ein Ideenreichtum notwendig sein, den nur eine Bildung vermitteln kann, die sich nicht selbst an ein Konzept von Digitalisierung verraten hat, durch das sie nicht befördert, sondern sabotiert wird. Wilhelm von Humboldt hat einmal angemerkt – und niemand geringerer als John Stuart Mill, der grosse Denker des Liberalismus, hat dies unterstrichen –, dass zur Bildung eines Menschen nur zwei Dinge nötig sind: Freiheit und Mannigfaltigkeit der Situationen. Die Digitalisierung der Bildungssysteme verhindert beides. Sie macht abhängig, etabliert rigide Kontrollsysteme, stilisiert Ahnungslosigkeit zu einer Form des Wissens und vereinheitlicht alles unter einer Oberfläche: Unbildung 4.0.

Konrad Paul Liessmann ist Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien.

Wenn Wissenschaftssprache einschüchtert

Journal21 3.6.2017

Von Carl Bossard, 03.06.2018

Pädagogische Offizialsprache wirkt oft wie terminologisches Imponiergehabe statt als Vorbild. Ein Blick in den Lehrplan 21 zeigt es. Eine halblaute Frage.

Alles ist und alles geschieht in der Sprache; ohne sie hat nichts Bestand, meint der Erzähler und intellektuelle Querkopf Martin Walser. Sprache ist eines der subtilsten und zugleich unberechenbarsten Werkzeuge des Menschen – im glücklichen Fall kann man mit ihr alles erreichen, oder man kann an ihr und mit ihr scheitern.

Lehrerinnen und Lehrer wirken über die Sprache

Nicht daran scheitern dürfen Lehrpersonen. Im Gegenteil. Sprache ist ihr wichtigstes Instrumentarium. Lehrerinnen und Lehrer haben keine Südfrüchte, keine Staubsauger, keine Rasenmäher. Sie haben nichts als Sprache. Nichts als Worte. Ihr Beruf ist Sprache, schrieb der Philosoph und Publizist Ludwig Hasler. Darum sei die Sprache für sie auch so elementar. Klar und präzise müsse sie sein.

Ein Blick in die offizielle Bildungssprache zeigt vielfach das Gegenteil. Der Einstieg von Junglehrern in den Schulalltag wird von einer Pädagogischen Hochschule etwa so charakterisiert: „Eine qualitative Studie zum Berufseinstieg setzt den Fokus auf die Untersuchung der Gelingensfaktoren des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf. Es wird davon ausgegangen, dass neben individuellen Faktoren der Lehrperson Fragen der Passung zu den Kontextbedingungen des Arbeitsplatzes bei der Ausgestaltung des Berufseinstiegs in den ersten Arbeitsmonaten mit einer entscheidenden Rolle spielen.“

Luhmann warnt von der Lingua blablativa

Bieder-banale Selbstverständlichkeiten werden in hochtrabenden Wissenschaftsschwulst verpackt, in eine Lingua blablativa, wie es der Systemtheoretiker Niklas Luhmann ausdrückte. So läuft leider pädagogische Offizialschreibe. Als pseudo-wissenschaftliches Sprachgewölk, das nur einen Zweck erreicht: Statt das Problem zur Sprache und auf den Begriff zu bringen, palavert es die Sache hinaus. Und hüllt den Leser in Nebelschwaden.

Die Aussage zum Berufsstart liesse sich ohne nennenswerten Sinnverlust um fast die Hälfte kürzen: „Beim Einstieg einer Lehrperson in den Unterrichtsalltag sollten individuelle Persönlichkeitsmerkmale und Ansprüche des Arbeitsplatzes möglichst übereinstimmen.“

Das erhöht die Startchancen, wie eine Studie über den Berufsbeginn junger Pädagogen zeigt.“ Oder ist das für Bildungsexperten zu simpel, zu verständlich, zu wenig beeindruckend? Konstruieren sie darum wortreiches Geschwätz und Getöse?

In der Wissenschaft gibt es keine Fast Food-Statements

Fachwissenschaften müssen ihre Fachsprache sprechen. Daran zweifelt niemand. Niemand kann Ergebnisse der Humangenetik und der Nuklearmedizin, der Atomphysik und der Biochemie, der Pharmazie und der Computerwissenschaften in jener Alltagssprache wiedergeben, die allen vertraut ist. Auch philosophische Erkenntnisse, juristische Sachverhalte, ökonomische Einsichten fallen nicht einfach vom Himmel – man muss sie in zäher Arbeit erwerben und kann sie in der ihr eigenen Fachsprache präziser fassen.

Oder anders gesagt: Wissenschaften haben ihre eigenen Probleme, die aus der Sache kommen – und darum ist auch ihre Sprache und sind ihre Begriffe nicht in Windeseile pfannenfertig zu präsentieren. Mundgerechte Fast Food-Statements verkennen die Sache. Das gilt auch für die Pädagogik.

Schule und Unterricht in Atemnot

Doch Ärger und Unverständnis bereiten nicht solche Schwierigkeiten. Sie ergeben sich aus der Natur von Wissenschaft und Forschung – aus wirklicher Wissenschaft und wirklicher Forschung, das sei betont. Ärgerlich ist die Sucht vieler Bildungsbürokraten, alles und jedes in einer Sprache auszudrücken, die wissenschaftlich ist oder wenigstens wissenschaftlich klingt. Vielfach ist diese Sprechweise ja gar keine Wissenschaft; oft sind es nur leere Worthülsen, ist es begriffliches Imponiergehabe. Man möchte als Bildungsexperte Eindruck machen – und einschüchtern.

In der Pädagogik ist in den letzten Jahren vieles oder fast alles „verwissenschaftlicht“ worden. Aus Pädagogen und Erziehungswissenschaftlern wurden Bildungsforscher. Keine Frage, es klingt wesentlich besser. Das alles könnte einen gleichgültig lassen; man könnte es mit einem Schuss Ironie und gar mit Sarkasmus hinnehmen. Doch es hat Folgen. Ein fast unkontrolliert wuchernder Fachjargon schafft Gräben und Grenzen. Akademische Dachterrasse in schulerfahrungsverdünnter Luft und pädagogisches Parterre entfremden sich zusehends. Der Drang, alles zu verwissenschaftlichen, bringt Bildung und Unterricht in Atemnot. Das erkennt man in offiziellen Dokumenten, das überträgt sich auf die Ausbildung, das zeigt sich im Alltag.

Unverständliche Sätze erzielen keine Wirkung

Ein Beispiel aus dem Lehrplan 21 macht es deutlich. „Die Orientierung an Kompetenzen im Lehrplan 21 basiert u.a. auf den Ausführungen von Franz E. Weinert. Nach ihm umfassen Kompetenzen mehrere inhalts- und prozessbezogene Facetten: Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen, aber auch Bereitschaften, Haltungen und Einstellungen. Mit letzteren sind neben kulturbezogenen Tugenden (wie respektvollem Verhalten, kritischem Reflektieren von Argumenten und Meinungen, Respekt gegenüber Mensch und Natur u.v.a.) vor allem Aspekte des selbstverantwortlichen Lernens, der Kooperation, der Motivation und der Leistungsbereitschaft angesprochen.“¹

Ein Monster-Satz mit 35 Wörtern. Dabei müsste der Lehrplan ein Bildungskompass sein – prägnant und elegant formuliert. Wer diesen Text in www.blablameter.de eingibt, erhält folgendes Urteil: „Sie müssen PR-Profi oder Politiker [...] sein! Sollten Sie eine echte Botschaft transportieren wollen, so erscheint es fraglich, ob diese Ihre Leser auch erreicht.“ Der Wortlaut erzielt auf der Skala von 0 – 1 einen Indexwert von 0.69. Je höher

¹ Lehrplan 21. D-EDK 2015. Heft Grundlagen, S. 6.

das Ergebnis, desto mehr heiße Luft. Bei aller Skepsis gegenüber Algorithmen: Der ermittelte Wert entspricht auch einer Alltagserfahrung.

Konzise Kürze

Unser Sechstklasslehrer sagte in etwa das Gleiche. Sein Satz tönt ganz schlicht: „Man muss etwas wissen, man muss etwas können, und beides zusammen soll junge Menschen besser denken und handeln lassen. Diese Trias kann eigentlich gar nicht veralten, weil sie so etwas wie ein Nonplusultra darstellt. Eine Art Naturgesetz – wie die pädagogischen Gesetzestafeln vom Berg Sinai. Sie sind kurz, klar und konkret.“ Es ist die alte Erkenntnis, die pflichtbewusste Lehrerinnen und Lehrer immer geleitet hat.

Lax Geschriebenes ist schlecht Gedachtes

Mein Primarlehrer besuchte „nur“ ein Lehrerseminar. Von Wissenschaftssprache hat er vermutlich nie viel vernommen. Doch seine Sprache war klar und verständlich. Und als Theatermann und Poet förderte er bei uns Schülern die Sensibilität für die Muttersprache – und ihren angemessenen Gebrauch. Einfach müsse sie sein und exakt, die Sprache, so bläute er uns ein. Entsprechend schrieb er. Nur nebenbei: Sein kleiner Gedanke erzielt auf dem Blablameter einen Indexwert von 0.1 und folgendes Feedback: „Ihr Text zeigt keine oder nur sehr geringe Hinweise auf 'Bullshit'-Deutsch.“

Unterricht vollzieht sich in Sprache

Alles ist und alles geschieht in der Sprache, meinte Martin Walser. Irgendwie hatte unser Primarlehrer diesen Satz verinnerlicht. Er übte intensiv mit uns und schulte unser Denken – ganz nach der Devise: „Die Arbeit an der Sprache ist Arbeit am Gedanken.“ Das Statement stammt vom Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt. Die NZZ nahm es auf und gestaltete daraus einen Werbespruch. Was Dürrenmatt so präzise formulierte, war für unseren Lehrer Auftrag und Inhalt vieler Lektionen.

Eines wusste er ganz sicher: Unterricht vollzieht sich in Sprache. Sie ist trotz Icons und Emojis immer noch das klassische Mittel, Phänomene zu erklären und Zusammenhänge sichtbar zu machen. Darum bedeutet Sprache für einen Pädagogen etwas anderes als für einen Schreiner oder eine Geigerin. Es kann ausgezeichnete Schreinerinnen oder virtuose Geiger geben, die mit ihrer Sprache Mühe bekunden. Das ist nicht zentral: Das Entscheidende beim Schreiben oder Geigenspiel findet nicht im Medium der Sprache statt. Anders dagegen im Schulzimmer.

Bedeutsam ist die Klarheit der Lehrperson

Für guten und lernförderlichen Unterricht ist die „Klarheit der Lehrperson“ ein wichtiger Garant. Das weist die Wirksamkeitsforschung nach. Beim neuseeländischen Erziehungswissenschaftler John Hattie erreicht der Faktor „Klarheit“ die hohe Effektstärke von $d=0.75$.² Diesen Befund bestätigen die renommierten deutschen Schulforscher Andreas Helmke³ und Hilbert Meyer.⁴ Klar, verständlich und strukturiert müsse die Lehrperson sein.

Pädagogische Offizialsprache müsste dies vorleben. Als sprachliches Vorbild. Ob sie es vergessen hat? Oder einfach nur einschüchtern will? Die halblaute Frage sei erlaubt.

² John Hattie (2009), Visible Learning. London, New York: Routledge, S. 126. Der „erwünschte Effekt“ eines Wirksamkeitsfaktors liegt bei 0.4.

³ Andreas Helmke (2015). Unterrichtsqualität und Lehrerprofessionalität. Diagnose, Evaluation und Verbesserung des Unterrichts. Seelze-Velber: Klett Kallmeyer, S. 190f.

⁴ Hilbert Meyer (2004), Was ist guter Unterricht. Mit didaktischer Landkarte. Berlin: Cornelsen, S. 55ff.

Besser machen, was gut ist

NZZ 8.6.2018, Meinung & Debatte

Das Gymnasium und mit ihm die Matura stehen in der Kritik: zu altbacken, zu eigenbrötlerisch, zu reformresistent. Diese Kritik ist überzogen. Das Gymnasium muss der Hort der klassischen Bildung bleiben, weil es einen solchen Ort sonst nicht mehr gibt.

Von Michael Schoenenberger

Allen Unkenrufen zum Trotz ist nüchtern festzuhalten: Die Schweizer Gymnasien sind gut. Eine Sanierung steht nicht an, denn was nicht krank ist, muss auch nicht geheilt werden. Gut zu sein, genügt allerdings nicht mehr. Die Gymnasien sollen wieder exzellent, Eliteschulen sein, sie sollen zu den besten Mittelschulen weltweit zählen. Gemeint sind nicht Schulen von Eliten für Eliten, von Reichen für Reiche, vom Bildungsbürgertum für das Bildungsbürgertum, sondern Schulen für die Besten, ungeachtet der Nationalität und sozialer Herkunft. Harte Selektion ist unvermeidlich, fairer Zugang unabdinglich. Leistung und Neugierde müssen zählen. Die Schweiz mit ihren Spitzenuniversitäten braucht solche Eliteschulen, zumal die Matura noch immer und hoffentlich noch lange das Eintrittsticket für die universitäre Welt ist.

Allein – mit einem solchen Selbstverständnis und einer damit einhergehenden tiefen Maturaquote ist es nicht getan. Damit die Gymnasien besser werden, müssen sie reformiert werden. Aber wie?

Zweischneidige Rezepte

Globalisierung und digitale Revolution befördern in Bezug auf die gymnasiale Bildung fast schon panikartige Reflexe. Das Gymnasium sei generell total veraltet, verkorkst, verkrustet, eigenbrötlerisch – ja überhaupt seien Maturanden für die digitale und globalisierte Zukunft überhaupt nicht gerüstet. Die Zukunft erfordere eine komplett andere Bildung, der Arbeitsmarkt verlange ein ganz bestimmtes «Humankapital» – und da müssten die Gymnasien mitziehen, alte Zöpfe abschneiden, den klassischen Bildungskanon über Bord werfen. Algorithmen statt Aristoteles, Informatik statt Investurstreit, Gender statt Gerundium. Sinnbildlich dafür ist, welchem Druck etwa der Lateinunterricht ausgesetzt ist. Nützlichkeitsdenken ist angesagt.

Bildungsforscher, Bildungsökonominnen, Bildungshistoriker, Bildungspolitikern und andere Bildungs«experten» rufen deshalb ins Land: Das Gymnasium braucht eine Totalsanierung, sonst wird es ganz schlimm. Bei genauerer Betrachtung sind viele Rezepte, die feilgeboten werden, zweischneidig. Da könnte das berühmte Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden. Darum Vorsicht, wenn man Hand anlegt an etwas, was eigentlich doch recht erfolgreich war und ist.

Zunächst zum grössten Trugschluss unserer Zeit: Alles werde besser, wenn man es nur zentralisiere, reguliere, standardisiere, steuere und am Ende auch vermesse, so eine gängige Behauptung. Das ist Unfug. Gymnasien werden nicht besser, weil sie über gleiche Lehrpläne, gleiche Inhalte, gleiche Strukturen, gleiche Prüfungen, gleiche Vorgaben für Maturaarbeiten, gleiche Bildungsstandards, gleiche Kompetenzvermittlungsvorschriften und gleiche Aufnahmeprüfungen gleichgeschaltet werden. Was Gymnasien besser macht, sind gute Lehrerinnen und Lehrer, gute Schulleitungen, Konkurrenz und Wettbewerb. Wer sich gegenüber anderen Schulen, notabene auch privaten, behaupten muss, wird innovativ, kreativ, besser. Vorgaben von zentraler Stelle, welche Gymnasialrektoren samt Lehrkörper gefälligst umzusetzen haben, führen nach aller Erfahrung zu Demotivation, tragem Verhalten und auch zu Widerstand. Mit der Abwanderung von Lehrerinnen und Lehrern, die sich eigenverantwortlich entfalten

möchten, wäre zu rechnen. Bleiben würden die Kopfnicker und Befehlsempfänger. Das sind nicht jene Lehrer, die etwas reissen. Dabei hat die Bildungsforschung vor allem dies gezeigt: Der Lernerfolg ist aufs Engste mit der guten, inspirierten Lehrperson verknüpft.

Bildungsziel für die Zukunft

Die Maturität ist behutsam zu reformieren. Ihre Grundlagen sind zu überprüfen und auch zu modernisieren. Dazu zählen der gesamtschweizerische Rahmenlehrplan und das Maturitätsanerkennungs-Reglement. Gymnasiallehrer sollen diesem Prozess offen begegnen und ihn aktiv begleiten. Wegweisend für eine Reform soll im erwähnten Reglement der Artikel 5 bleiben, der das Bildungsziel von Maturitätsschulen hervorragend umschreibt: «Ziel der Maturitätsschulen ist es, Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf ein lebenslanges Lernen grundlegende Kenntnisse zu vermitteln sowie ihre geistige Offenheit und die Fähigkeit zum selbständigen Urteilen zu fördern.» Dieses Bildungsziel ist aktueller denn je. Einerseits ist nichts so wertvoll, wie jungen Menschen das Gen der lebenslangen Neugier und des lebenslangen Interesses einzupflanzen. Mit Bildungsstandards durchstandardisierte Bildung verfehlt dieses edle Bildungsziel. Andererseits wird das «selbständige Urteilen» im Informationszeitalter mit Sicherheit wichtiger. Die Digitalisierung hat längst das Informationssteuerungs-Zeitalter eingeläutet. Die Machenschaften von Cambridge Analytica zeigen, wie weit es mit der Manipulierung der öffentlichen Meinung über die sozialen Netzwerke gekommen ist. Kritisches Denken und selbständiges Urteilen werden inskünftig eine Schlüsselqualifikation darstellen, ungleich bedeutsamer als die Fähigkeit zu programmieren.

Wir müssen unter Digitalisierung viel mehr verstehen als Informatik, Internet of Things, Smart Grid, autonomes Fahren und anderes mehr. Die Digitalisierung verändert Gesellschaften und wie Meinungen gesteuert werden. Wir müssen erkennen, dass hierin eine Bedrohung für Demokratien und freie Gesellschaften liegt. Klassische Bildung, Geschichte, Philosophie – all dies wirkt gegen den Verlust des kritischen Denkens. Das Gymnasium ist der letzte Hort der klassischen Bildung. Ihm ist Sorge zu tragen. Es wäre ein Fehler, würde die heutige Bildungspolitik dazu führen, dass Schulen und Lehrkräfte das eigenständige Denken, Erkennen und Urteilen nicht mehr schulen und fördern könnten – zum Beispiel, weil sie immer weniger Freiheiten geniessen, mit sogenannten «Bildungsreformen» überhäuft werden und von bürokratischem Unsinn zugedeckt werden.

Diese Art von Bildung nützt direkt «nur» den Individuen und sicherlich einer künftigen Gesellschaft, nicht aber den durchwegs von bestimmten Interessen geleiteten Akteuren in der Bildungspolitik. Fürsprecher hat sie deshalb praktisch keine mehr.

Unter Druck kommt das Gymnasium aber beispielsweise von der Wirtschaft, die sich von der Erhöhung der Maturaquote die Behebung des Fachkräftemangels erhofft. Im Schweizer Bildungssystem ist der Hebel hier indessen bei der Berufsbildung und der höheren Berufsbildung anzusetzen. Druck baut auch die Linke auf, die in einer elitären Schule ohnehin eine Ungerechtigkeit sieht und möglichst vielen jungen Menschen den Weg ans Gymnasium eröffnen möchte. Dabei muss eines klar sein: Wird die Quote erhöht, sinkt die Qualität zwangsläufig. Es käme zu dem, was alle verhindern wollen: Hochschulen würden zu Eintrittsprüfungen gezwungen. Unvermeidlich wären Wartelisten und Zulassungsbeschränkungen.

Diese spätere Selektion wäre ungleich ungerechter als eine frühe, auch weil man Jugendlichen bereits einen Bildungsweg «versprochen» hat und es dann meist zu spät ist für eine gute Berufslehre. Es wäre bedauerlich, wenn die Matura auch in der Schweiz zu dem würde, was sie in vielen europäischen Ländern bereits ist: ein Schein, der über ihre Besitzer nicht allzu viel aussagt. Man könnte sich dann zwar «rühmen», vielen jungen Menschen den Weg zur Matura ermöglicht zu haben. Aber auch die Gerechtigkeitsapostel können sich Zustände, die wir unweit der Schweiz beobachten können, nicht

herbeiwünschen. Seien wir froh, gibt es in der Schweiz keine perspektivenlosen Maturandinnen und Maturanden.

Längere Gymnasiumdauer

Die Maturität wird wieder besser, wenn die Politik den Mut hat zu investieren. Es war natürlich ein Fehler, dass viele Kantone das Langgymnasium abgeschafft haben. Indikatoren zeigen, dass die Qualität der Absolventen mit der Länge der Schulzeit zunimmt. Sinnvoll wäre deshalb die Rückbesinnung auf ein Gymnasium, das nicht vier oder gar nur drei Jahre, sondern wieder sieben oder acht Jahre dauert. Strukturell könnte man es zweiteilen: In der ersten Hälfte eignen sich die Schüler möglichst viel Wissen an. In der zweiten Hälfte müssten sich die Gymnasiasten, wie einst bei den Maturitätstypen, für eine bestimmte inhaltliche Richtung entscheiden. In diesen separat geführten Klassen würden die Jugendlichen stärker als bisher an den Wissenschaftsbetrieb herangeführt, an dem teilzunehmen von ihnen an den Hochschulen erwartet wird. Sie müssten sich auch bereits für bestimmte Fächer entscheiden und sich mit einer Berufswahl auseinandersetzen. Das mag in Zeiten des Spardrucks utopisch klingen, bildungspolitisch wäre es richtig und klug.

Eine Fehlentwicklung wäre, das Gymnasium weiter zeitlich zu verkürzen und seine Lehrpläne komplett am Kompetenzmodell auszurichten. In einer Zeit, in der Wissen jederzeit und sofort im Internet abrufbar sei, müsse nicht mehr das Wissen, sondern nur noch die Anwendung des Wissens vermittelt werden. Das ist ein zweiter Trugschluss unserer Zeit. Nicht nur endet diese Argumentation in der Negation jedes verbindlichen Wissens, was an sich schon betrüblich genug ist. Es verhält sich auch hier gerade umgekehrt: In Zeiten, in denen angeblich alle vermeintlich alles wissen (können), hat derjenige die Nase vorn, der das ihm vorgesetzte «Wissen» überprüfen und einordnen kann. Mit der «kompetenten» Anwendung des Wissens allein ist es nicht getan.

Google und Wikipedia sind kein Ersatz für das traditionelle Gymnasium. Und der klassische Bildungskanon hat nicht abgewirtschaftet, wie uns die Seher der globalisierten und digitalisierten Zukunft unablässig weismachen wollen.

Über den Mittag streiten

Tages-Anzeiger 4.6.2018, Zürich

Für Ursula Rellstab ist die «Innovation» Tagesschule überfällig, SVP-Politiker Stefan Urech hingegen hält sie für einen unnötigen Zwang.

Mit Stefan Urech und Ursula Rellstab sprach Ev Manz

Stefan Urech, Sie haben einst die Tagesschule Limmat besucht. Waren das traumatische Primarschuljahre?

Stefan Urech: Nein, ganz und gar nicht. Es handelte sich allerdings nicht um eine Tagesschule im heutigen Sinn mit verkürztem Mittag.

Trotzdem sind Sie und die SVP gegen die Tagesschule 2025.

Urech: Hätte ich die Wahl gehabt, ich wäre mittags lieber nach Hause gegangen, als in der Schule zu bleiben. Aber meine Mutter war alleinerziehend und berufstätig. Das Angebot der Tagesschule kam ihr entgegen. Heute gibt es die Hortlösung mit Betreuung von 7 bis 18 Uhr. Und es soll auch weiterhin einzelne Tagesschulen geben. Das haben meine Partei und ich nie bestritten. Aber es braucht keine Neuerfindung namens «Tagesschule 2025».

Ursula Rellstab, Sie haben die Tagesschule für alle schon vor bald 50 Jahren gefordert.

Rellstab: Die Idee entstand damals aus einem eigenen Bedürfnis heraus. Meine Tochter war ein Einzelkind. Ich wollte, dass sie möglichst viel Zeit mit Gleichaltrigen verbringen und ich gleichzeitig arbeiten konnte. Da bot eine Tagesschule die perfekte Lösung. Das bringt Ruhe in den Alltag der Kinder.

Urech: Aber es braucht keine flächendeckende Tagesschule. Das nimmt Eltern jegliche Wahlfreiheit. Sie sollen weiterhin zwischen einer Hortlösung für jene Zeit wählen können, die sie nicht abdecken können, und einer Tagesschule, an denen die betreuten Tage und Zeiten vorgegeben sind.

Muss diese flächendeckend sein?

Rellstab: Nur so haben alle Kinder dasselbe Schulangebot. Das Modell passt zur urbansten und modernsten Stadt des Landes, denn im Vergleich zum Ausland hinkt die Schweiz ja hinterher. Die Schule hat sich von jeher den Veränderungen der Gesellschaft angepasst. Viele Frauen sind gut ausgebildet und wollen arbeiten. Die Zeiten sind vorbei, in denen Frauen Kinder allein erziehen.

Urech: Eine moderne Gesellschaft will aber auch frei wählen können. Die flächendeckende Tagesschule pusht ein Familienmodell, das nicht für alle stimmt. Es gibt auch in Zürich Familien, die das klassische Modell leben wollen.

Rellstab: Das ist doch kein Pushen. Es ist ein Reagieren auf eine Realität. So können Eltern ihre Erwerbstätigkeit besser auf die Schule abstimmen.

Eine Frau, die doppelt so alt ist wie Sie, sagt Ihnen, wie die moderne Gesellschaft tickt.

Urech: Ich bin in der SVP, der oft vorgeworfen wird, sie sei rückständig. Diesen Vorwurf weise ich von mir. Aber mit dem flächendeckenden Modell, einem Mittagessen für 6 Franken, verleitet man Familien dazu mitzumachen. Jene, die es nicht tun und sich für Tage, an denen sie eine Fremdbetreuung brauchen, eine andere Lösung organisieren, schießen sich finanziell ins Abseits. Das ist eine staatliche Lenkung, ein Zwang.

Rellstab: Zwang? Alle Eltern, die mit dem Modell nicht einverstanden sind, können ihre Kinder abmelden.

Ist es die Aufgabe des Staates, in die Erziehung der Kinder einzugreifen?

Rellstab: Nein, es ist die Aufgabe des Staates, auf gesellschaftliche Veränderungen richtig zu reagieren.

Urech: Und es ist auch im Sinne des Staates, die Wahlfreiheit zu garantieren. Aus meiner Sicht streuen die Befürworter der Vorlage dem Stimmvolk viel Sand in die Augen.

Weshalb?

Urech: Da heisst es immer, die Tagesschule fördere die Integration. Man spricht von Chancengleichheit und dass die schulischen Leistungen besser werden sollen. Die Tagesschule trägt zu all dem wenig bis nichts bei, was eine Studie des Nationalfonds belegt. Diese Ergebnisse wurden in der städtischen Kommunikation zur Tagesschule unterschlagen. Das ist unehrlich gegenüber dem Zürcher Stimmvolk.

Rellstab: Es ist erwiesen, dass die Tagesschule sozialpädagogisch besser ist. Eine Leistungssteigerung, da gebe ich Ihnen recht, kann man noch nicht belegen. Klar ist aber, dass in der Tagesschule die Rahmenbedingungen besser sind, ein Kind ganzheitlich zu fördern.

Urech: Aber gerade die schulische Leistung dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Die Volksschule ist dazu da, einen qualitativ hochstehenden Unterricht bereitzustellen.

Kann man allein durch das gemeinsame Mittagessen die Kinder ganzheitlicher fördern?

Rellstab: Die Lehrperson lernt ein Kind über Mittag, in der Freizeit, anders kennen als in

der Mathe oder im Deutschunterricht. Sie weiss, ob es ihm ausserhalb des Schulzimmers gut geht, ob es gestresst ist und warum. Dieses Wissen hilft, das Kind individuell zu fördern. Deshalb sollte eine Lehrperson ab und zu beim Mittagessen dabei sein.

Urech: Eine Mutter von Tagesschulkindern erzählte mir, ihre Kinder kämen über Mittag nicht zur Ruhe. Es gibt zwar Rückzugsmöglichkeiten, aber Kinder sondern sich nicht gerne von der Gruppe ab, weil sie sonst zu Outsidern werden. Kinder brauchen aber über Mittag eine Pause, am besten ausserhalb des pädagogischen Umfeldes. Obschon ich meine Lehrer mochte, wollte ich mit ihnen nicht unbedingt den Mittag verbringen.

Rellstab: Ich habe das bei meinen Tagesschulbesuchen anders erlebt. Den Kindern ist es wohl. Jedes Kind wählt vom Kindergarten an, was es vor oder nach dem Essen machen will. Es gab auch einen Ruheraum, doch er wird tatsächlich wenig besucht. Aber das liegt in der Wahlfreiheit der Kinder. Diese zu stärken, ist ein zentrales Element der Tagesschule. Ein Kind lernt besser in einer Schule, in der es ihm wohl ist.

Da müssten Sie, Stefan Urech, als angehender Sekundarlehrer doch für die Tagesschule sein?

Urech: Lehrer und Lehrerinnen sollen keine Betreuung übernehmen müssen, sondern ihren Bildungsauftrag leisten. Die Motivation zum Lernen muss eine Lehrperson im Klassenzimmer leisten. Unter anderem auch mit einer guten Ausrüstung. Tablets sucht man in Sek-klassen vergeblich, längst gibt es nicht in jedem Klassenzimmer einen Beamer. Die Stadt investiert lieber in die Betreuung. Die Kosten, welche die Stadt für jeden Schüler ausgibt, sind zwischen 2004 und 2014 um 35 Prozent gestiegen.

Rellstab: Lehrerinnen müssen ja nicht bei allen Mittagessen anwesend sein. Selbstverständlich wird der Mittag der Arbeitszeit angerechnet.

Urech: Gerade in pädagogisch intensiven Klassen haben Lehrer diese Pause über Mittag nötig. Und es tut auch gut, wenn die Lehrperson eine Distanz zu den Schülern hat. Lehrer sollten nicht die Funktion von Eltern übernehmen.

Was braucht es für eine qualitativ gute Tagesschule?

Rellstab: Es braucht ein gesamtpädagogisches Konzept. Das kann jede Schule nach ihren Bedürfnissen anpassen. Zudem braucht es Lehr- und Betreuungspersonen, die entsprechend aus- und weitergebildet sind.

Urech: Auch das schreckt viele Lehrer ab. Die Stadt Zürich hat es schon heute schwer, gute Lehrpersonen zu finden. Das wird das Problem verschärfen.

Die Nachmittagsschule dauert an der Tagesschule 2025 bis 16 Uhr. Setzt eine gute Qualität eine noch längere Betreuung voraus?

Urech: Die linken Gemeinderäte tendieren zu einem weiteren Ausbau. Da frage ich mich, ob das noch günstiger ist als Schule und Hort, wie sie behaupten.

Rellstab: Die Tagesschule muss entwickelt werden. Wir sind erst in der Pilotphase. Wenn die Gesellschaft das verlangt, dann müssen dafür Mittel bereitgestellt werden. Es gibt Studien, die belegen, dass jeder Franken, der in die Kinderbetreuung investiert wird, drei- bis vierfach an die Gesellschaft zurückfliesst. Zum Beispiel, weil man mit der Tagesschule verhindert, dass ein Kind gewalttätig wird, weil es über Sozialkompetenzen verfügt.

Die SVP argumentiert, dass das Tagesschulmodell räumlich unter einem Dach an vielen Zürcher Schulen kaum umsetzbar ist . . .

Urech: . . . und viel kostet. Dafür braucht es noch mehr Pavillons auf den Pausenplätzen.

Rellstab: Nochmals: Wir sind in einer Entwicklungsphase und sammeln Erfahrungen. Diese werden in die Neu- und Umbauten einfließen.

Stefan Urech, werden Sie nie in der Stadt unterrichten, falls die Vorlage angenommen wird?

Urech: Das wird sich zeigen.

Ursula Rellstab, macht es Sie glücklich, in der Stadt zu leben, die das flächendeckende Modell wohl als erste in der Schweiz einführt?

Rellstab: Ja, natürlich. Zürich als Grossstadt braucht diese Innovation. Vielleicht nützen diese Erfahrungen bald anderen Gemeinden, die sich so mit dem Thema Tagesschule befassen.

Uneinig

Ursula Rellstab und Stefan Urech

Ursula Rellstab: Die Publizistin fordert seit den 70er-Jahren die Einführung von Tagesschulen in der Schweiz. Sie gilt als aktive Vorkämpferin. Rellstab hat diverse Publikationen zum Thema verfasst und ist Mitglied der Interessengemeinschaft Pro-Tagesschule. Rellstab wohnt in Hottingen.

Stefan Urech: Der SVP-Gemeinderat ist Vizepräsident der parlamentarischen Schul- und Sportkommission und angehender Sekundarlehrer. Er ist in den 80er-Jahren im Kreis 5 aufgewachsen und hat selber zwei Jahre die Tagesschule Limmat besucht. Urech wohnt in Zürich-West. (TA)

Die Tagesschule kommt ins Gesetz

Zürichsee-Zeitung 5.6.2018, Zürich

Gaetan Bally

KANTONSRAT Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Der Kantonsrat hat in erster Lesung die Grundlagen diskutiert, innerhalb deren Gemeinden freiwillig Tagesschulen aufbauen und betreiben können. SVP und AL lehnen die Änderungen ab.

Es kann vorwärtsgehen mit der Einführung von Tagesschulen im Kanton Zürich: Der Kantonsrat hat sich gestern deutlich dafür ausgesprochen, diese im Volksschulgesetz zu verankern. Gemeint sind damit Schulen, in denen der Unterricht und die Betreuung über Mittag, bei Bedarf auch nach Schulschluss pädagogisch, personell und räumlich verbunden sind, wie Jacqueline Peter (SP, Zürich) erläuterte. Sie ist die Präsidentin der kantonsrätlichen Kommission für Bildung und Kultur (KBIK).

Der Kanton überlässt es jedoch weitgehend den Gemeinden, ob sie Tagesschulen einführen und wie ihr Angebot aussieht. «Die Tagesschule muss von unten wachsen. Die Gemeinden entscheiden über die konkrete Ausgestaltung», sagte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP).

Chancengleichheit

Die Nachfrage nach Betreuungsangeboten ausserhalb der Schulzeit sei in den letzten Jahren rasant gestiegen, so Steiner weiter. «Tagesschulen sind eine Antwort darauf.» Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei in Zeiten des Fachkräftemangels dringlich. Und für die Schulkinder gebe es mit der Einführung von Tagesschulen mehr Chancengleichheit – nicht zuletzt deshalb, weil sie beim Hausaufgabenmachen schulisch betreut würden.

Für die Mehrheit der Parteien sind diese Vorzüge unbestritten. «Die Berufstätigkeit beider Geschlechter wird nicht mehr wegzudenken sein», sagte Cäcilia Hänni (FDP, Zürich). Sie erinnerte daran, dass in der Stadt Zürich am Sonntag über die Ausweitung eines Pilotversuchs abgestimmt wird, der bis 2025 in der Stadt die flächendeckende Einführung von Tagesschulen vorsieht. Auch dieses Modell beruhe auf Freiwilligkeit: «Eltern können

ihre Kinder dort von der Mittagsbetreuung abmelden», so Hänni.

«Durch den Wegfall der Hausaufgaben nimmt die Familienzeit mit Tagesschulen zu», argumentierte Sylvie Matter (SP, Zürich). Die SP werde sich jedenfalls hartnäckig dafür einsetzen, dass schulische Betreuung über Mittag und am Nachmittag nicht nur in der Stadt Zürich, sondern überall im Kanton angeboten werde. «Das gehört einfach zu einem modernen Kanton», meinte Christoph Ziegler (GLP, Elgg). Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) doppelte nach: «Wir wollen keine unbetreuten Kinder, die über Mittag auf dem Pausenplatz eine grosse Tüte Pommes-Chips verzehren.» Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) fügte an: «Als berufstätige Mutter hätte ich mir schon vor 20 Jahren Tagesschulen gewünscht.»

Fundamentalopposition

Fundamentalopposition gab es von der SVP: Sie wollte auf die Gesetzesänderung gar nicht erst eintreten. Ihr Sprecher warnte davor, dass Eltern die Möglichkeit genommen werde, ihre Kinder über Mittag zu betreuen: «Dieser Ausdehnung des Staates können wir nicht zustimmen», sagte Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen). Die SVP blieb allerdings mit ihrem Antrag auf Nichteintreten allein.

Grundsätzliche Kritik aus ganz anderen Gründen kam von der Alternativen Liste: Judith Stofer (AL, Zürich) sprach von einem «grossen Tagesschulschwindel». Was der Kanton Zürich anstrebe, sei primär eine Verdichtung der Stundenpläne und ein verkapptes Sparprogramm. «Ob genug qualifiziertes Personal eingestellt wird, steht in den Sternen.» Die AL wollte die Gesetzesänderung daher zurück an den Regierungsrat schicken, damit dieser nachbessere. Auch ihr Antrag scheiterte.

Elternbeiträge

Dann ging es um die umstrittenen Details der Vorlage. Sie sieht vor, dass Elternbeiträge an die Verpflegungskosten erhoben werden können. In der Stadt Zürich sind dies etwa sechs Franken pro Mittagessen. Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) wollte ins Gesetz geschrieben haben, dass Elternbeiträge zwingend erhoben werden müssen. Hans Egli (EDU, Steinmaur) verlangte gar einen elterlichen Vollkostenbeitrag. Beide Anträge wurden von der Mehrheit mit Verweis auf die Gemeindeautonomie abgelehnt. Ebenso jener der AL, die einkommensabhängige Elternbeiträge wollte. Die AL scheiterte auch mit ihrer Forderung, die Möglichkeit einer verkürzten Mittagszeit in Tagesschulen aus dem Gesetz zu streichen.

Zu reden gab auch die Frage, ob die Wohnortgemeinde die Kosten übernehmen muss, wenn ein Kind die Tagesschule in einer anderen Gemeinde besucht. SVP, CVP und EVP wollten diese Klausel streichen, blieben aber in der Minderheit. Die Schlussabstimmung findet in vier Wochen statt. Matthias Scharrer

Lehrer müssen Klassenchats auf Whatsapp löschen

SonntagsZeitung 3.6.2018

Von Nadja Pastega

Schweizer Schulen kämpfen mit den neuen EU-Regeln zum Datenschutz – weil der Messenger-Dienst das Mindestalter erhöht hat.

In Dietlikon ZH feilt Schulleiter Reto Valsecchi gerade an einem Elternbrief. Darin teilt er mit, dass die beliebten Klassenchats auf Whatsapp abgeschaltet werden – notgedrungen.

Denn seit einer Woche ist es illegal, wenn sich Lehrer über diesen Messenger-Dienst mit ihren Schülern unterhalten. «Whatsapp hat das Mindestalter für die User von 13 auf 16 Jahre erhöht», sagt Valsecchi. «Jetzt dürfen die Lehrer über diesen Kanal nicht mehr mit ihren Schülern kommunizieren.» In der Schweiz endet die Schulzeit in der Regel, wenn die Schüler 15 sind – zu jung für Whatsapp.

Grund für die verschärften Nutzungsbedingungen ist ein neues EU-Gesetz, die sogenannte Datenschutz-Grundverordnung mit dem sperrigen Kürzel: DSGVO. Sie ist am 25. Mai in Kraft getreten und legt fest, dass nur Daten von Kindern ab 16 Jahren verarbeitet werden dürfen. Da auch Whatsapp Daten erhebt, wurde die Altersgrenze entsprechend erhöht. Die neuen Regeln gelten für die ganze «europäische Region», wie der zu Facebook gehörende Messenger-Dienst festhält – zu dieser zählt Whatsapp auch die Schweiz und den Vatikan.

Mit rund 6 Millionen Nutzern ist Whatsapp in der Schweiz das grösste digitale Netzwerk, beliebt gerade auch bei Lehrern. Per Knopfdruck übermitteln sie ihren Zöglingen Informationen zu Stundenplanänderungen, Ausflügen oder Klassenlagern, sie übermitteln Dokumente und leiten freiwilligen Lernstoff weiter. «Auch Hausaufgaben und Hilfestellungen dazu werden über Whatsapp-Gruppen organisiert», sagt Christian Hugli, Präsident des Lehrerverbands des Kantons Zürich.

«Whatsapp ist zwar nicht unproblematisch, wie Datenschützer warnen. Aber das Mindestalter heraufzusetzen, ist völlig übertrieben», sagt Alain Pichard, Lehrer im Oberstufenzentrum Orpund bei Biel im Kanton Bern. Verbote seien bei Jugendlichen «generell schlecht». Der digitale Kanal werde von Lehrern geschätzt, weil «man hier schnell und unkompliziert mit den Schülern kommunizieren kann».

E-Mail, SMS – die Suche nach Alternativen läuft

Überall in der Schweiz beraten derzeit Lehrer und Schulleiter, wie es nach der Whatsapp-Ära weitergehen soll. In zürcherischen Dietlikon hat Schulleiter Valsecchi als Ersatz für alle 200 Schüler eine offizielle E-Mail-Adresse eingerichtet. An Pichards Schule haben 20 Lehrer diese Woche im Rahmen einer Weiterbildung über Alternativen zu Whatsapp beraten und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die das unter Einbezug der Eltern weiterverfolgen soll. «Nach den Sommerferien soll für die neuen Klassen eine Lösung vorliegen», sagt Pichard.

Beim Zürcher Lehrerverband geht man davon aus, dass die Lehrer, die Whatsapp nutzten, «jetzt vermutlich auf andere Apps ausweichen», sagt Präsident Hugli. Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass andere Messenger-Dienste bei der Altersbeschränkung nicht nachziehen. «Man könnte auch auf einen Austausch via E-Mail umsatteln», sagt Hugli.

Der Jurist des kantonalen Lehrerverbands «Bildung Bern» geht technisch noch weiter zurück. Auf Anfrage einer Schule hält er in einem Schreiben fest, dass als Ersatz für Klassenchats künftig «die gute alte SMS einspringen könnte».

Dass man damit die Jugendlichen erreicht, bezweifelt der Aargauer Schulleiter Peter Merz. «Die jüngere Generation weiss schon gar nicht mehr, was das ist.» Auch E-Mails seien eher unzuverlässig. «Mal funktioniert die Internetverbindung nicht, oder die Schüler schauen nicht nach, ob etwas gekommen ist. Kommt hinzu, dass sie das zum Teil nicht mit dem Handy synchronisieren können.»

Merz hat sich durch die 34-seitigen Richtlinien von Whatsapp gegraben – und eine Ausnahmeregelung entdeckt, deren Umsetzung allerdings aufwendig ist. Mit Einwilligung aller beteiligten Eltern könnten die Chats weitergeführt werden. Jetzt will Merz einen Brief verschicken. «Darin bitten wir die Eltern um ihre Unterstützung, damit wir Whatsapp weiter nutzen können.»

Ausgewählte Kommentare

Michael Suter

Es gibt noch einige wenige vernünftige Menschen (auch junge), die gar kein Handy haben und das Leben lieber live erleben wollen. Diese bewunderns- und bedauernswerten Geschöpfe kommen an unseren öffentlichen Schulen ganz schön unter Druck. Offenbar besteht bereits ein faktischer Handy-Zwang.

Richard Roth

Als ich in der Primarschule war (Anfang der 90er) hatten die meisten Leute nicht mal Internet ... und der Unterricht hat trotzdem funktioniert, unglaublich.

Im Falle einer Krankheit ist eine WhatsApp Message zugegebenermassen einfacher als ein Rundtelefon. Aber es kann nicht sein, dass man als Schüler zum Benutzen dieses Dienstes genötigt wird.

Felix Frei

Ich verstehe diese Klassenchats eh nicht. Als Lehrer würde ich mich eh weigern an sowas teilzunehmen...

Wolfgang Burri

@Frei: Tatsache ist, dass Lehrpersonen genau auf WhatsApp greifen, damit all das vergessene vom Tag noch bis 21 Uhr mitgeteilt werden kann. Weiter unten wurde geschrieben, wo mein Verbesserungsvorschlag sei. Lehrpersonen sollten lernen, sich zu organisieren und den Kopf bei der Sache haben, wie in jedem anderen Beruf auch. Und wer sich nicht als Lehrer sieht oder seine Fähigkeiten an einem anderen Ort besser einsetzen kann, dem stehen übrigens auch andere Berufe offen. Schlau genug tun sie ja alle zusammen und wenn wir einmal positiv davon ausgehen, dass es so ist, wird es schon noch etwas in der Berufswelt geben. Leider sind zu viele Lehrer tätig, die ihren Beruf verfehlt haben. Bewundernswert, die Lehrpersonen vor 25 und mehr Jahren ... ohne WhatsApp, fotokopierten Büchern usw.

Cristina Aeschlimann

Seit ca. 2 Jahren sind diese Whatsapp-Chats eine regelrechte Seuche an Schulen! Der Lehrkörper nötigt die Schüler regelrecht zum mitmachen und deren Eltern zum Smartphone-Kauf (ansonsten würde man den Lernerfolg der Kinder gefährden, heisst es). Whatsapp-Chats mit Lehrerbeteiligung haben keine Daseinsberechtigung! Der Lehrkörper hat die Informationen alle rechtzeitig im Unterricht zu liefern und darf nicht einfach "Ahja, übrigens.."-Mitteilungen über Whatsapp absetzen können. Die oben genannten Inhalts-Beispiele (Hausaufgaben, Dokumentenübermittlung, freiwilliger Lernstoff) sind absolut lächerlich! Weshalb kann das nicht einige Stunden vorher im Unterricht geschehen?

Jürg Brühlmann

Eltern könnten jederzeit problemlos klagen, wenn ihren Kindern Whatsapp aufgedrängt wird. Und sie bekämen recht. Öffentliche Schulen müssen Tools zur Verfügung stellen, bei denen nicht mit Schülerdaten bezahlt wird. Art. 19 der Bundesverfassung ist da klar. Und auch Sponsoring mit Firmenwerbung geht nicht.

Grossraumbüros statt Schulzimmer?

Basel-Express.ch, Juni 2018

von Dr. phil. Judith Barben

Im Basel-Express Nr. 4/2018 habe ich den umstrittenen «Lehrplan 21» (auch «Lehrplan Volksschule Baselland» genannt) vorgestellt. Trotz bereits deutlich erkennbaren negativen Auswirkungen setzen die Bildungsbehörden ihren «Reformkurs» unbeirrt fort. Eine verantwortungsvolle und ehrliche Diskussion über die Aufgabe der Volksschule in der direkten Demokratie wird immer dringender. Dieser Artikel soll ein Beitrag dazu sein.

[Artikel lesen](#)

«Der Stoff muss vom Lehrer vermittelt werden»

Tages-Anzeiger 29.5.2018, Leserforum

Schulreformen «Schüler sind nicht dumm», TA vom 26. Mai

Die Spitze des Reformeisberges.

Allan Guggenbühl beschreibt, empirisch fundiert, die Spitze des Reformeisberges, auf den unser Volksschuldampfer unaufhaltsam und blindlings hinsteuert. Kapitäne und Steuerfrauen, die vor dem Unheil warnen, werden vorsorglich durch Leuchtturmwärter ersetzt. Der verhängnisvolle Kurs wurde von der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz und ihren sechs Kompetenz-, Gender- und Reformexperten in den «Grundlagen für den Lehrplan 21» von 2006 bis 2010 mit dem OECD-Kompetenzdiktat nach Weinert festgeschrieben. Wie Guggenbühl feststellt, schlafen die Passagiere im Vertrauen auf die Steuermannschaft immer noch. Es bleibt nicht mehr viel Zeit für die Betroffenen, um aufzuwachen und das Steuer wieder an sich zu reissen.

Peter Aebersold, Zürich

Emotionale Begleitung ist wichtig.

Die Aussagen von Allan Guggenbühl kommen etwas spät. Ein Rad am fahrenden Zug des Lehrplans 21 auszuwechseln, ist kaum mehr möglich. Als ehemaligen Berufsschullehrer überkommt mich ein Grausen, wenn ich an die Siebzigerjahre denke, als die Lehrpläne der technisch-industriellen Berufe geschaffen und als Errungenschaft moderner Bildung angepriesen wurden. Insgesamt fünf Kompetenzbereiche sollten es richten. Fachkompetenz war einer, der sich durch bis ins kleine Detail verästelte Lerninhalte auszeichnete, Sozialkompetenz war ein anderer. Trotz bester Absichten blieben die Lehrpläne papieren. Wie Bildung mit dem Koloss von 2000 Kompetenzen des Lehrplans 21 gelingen soll, ist mir rätselhaft. Ein Fazit meiner 35-jährigen Lehrtätigkeit: Lernen und Lehren ohne begleitendes emotionales Gefährt trägt wenig Früchte.

Walter Gille, Binz

Es braucht beziehungsfähige Lehrer.

Auch Allan Guggenbühl scheint inzwischen die Sehnsucht nach Eindeutigkeit überkommen zu haben. Aufbau von Kompetenzen dem überlieferten Wissen als Gegensatz entgegenzustellen, hat jedoch in all den Diskussionen über das richtige Lernen noch nie Sinn gemacht. Lehrer müssen nicht wählen, sondern beides können. Ebenso

wenig macht es Sinn, mit selbstorganisiertem Lernen schon den engagierten, auf die Schüler bezogenen Lehrer abgeschafft zu sehen. Eher stellt sich die Frage noch dringender, wie beziehungsfähig Lehrer in der Unterrichtssituation sind.

Ernst Bühler, Uzwil

Wie konnte es so weit kommen?

Den Aussagen des Psychologen Allan Guggenbühl kann ich weitgehend zustimmen. Es ist auch gut, dass der Tagi einer solchen Stimme Raum gibt. Was mich allerdings ebenfalls interessiert und was in dem Interview nicht angesprochen wird, ist die Frage: Warum gibt es überhaupt einen Lehrplan21? Wie konnte es dazu kommen, dass sich die Kräfte durchsetzen können, die von einem selbstorganisierten Lernen sprechen, von Kompetenzen usw.? Die Beziehung zu einer Lehrperson ist entscheidend dafür, dass Inhalte gelernt werden. Guggenbühl spricht hier ja zu Recht von einem Anbindungsakt. Wie und warum konnte es so weit kommen?

Riccardo Bonfranchi, Wolfhausen

Es braucht Übung und Korrektur.

Auch Guggenbühl bestätigt im Interview, dass die Kinder beim «selbstorganisierten Lernen» klar überfordert sind. Vor allem in der Primarschule müssen sie zuerst angeleitet werden, wie man lernt. Der Stoff muss vom Lehrer oder von der Lehrerin vermittelt werden, es braucht Übung und Korrektur, und das Interesse für die Sache soll von Mensch zu Mensch vermittelt werden - später können dann das umsichtige Organisieren und das eigene, freie Denken immer noch kommen. Nicht einmal die meisten der gescheiterten und studierten Bildungsfachleute sind offenbar fähig, «selbstorganisiert» zu denken und frei von Bindungen eine eigene Meinung aufzubauen und zu vertreten. Sonst hätten sie sich nicht in dieses verheerende Lehrplan-21-Abenteuer hineinziehen und wie Marionetten behandeln lassen. Aber hoffentlich macht ihnen nun die Stellungnahme von Allan Guggenbühl Mut. Spät kommt die Opposition, aber sie kommt.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Zunehmende Überforderung.

Seit über zehn Jahren beobachte ich bei Kindern und Jugendlichen im Volksschulalter eine zunehmende Überforderung, die nicht im Inhalt des Schulstoffes begründet ist. Die Kinder erbringen täglich enorme Anpassungsleistungen, um bei wechselnden Lehrpersonen, in Lerngruppen, Lerninseln, Atelierstunden, bei Wochenplan- oder anderweitig selbstorganisierten Lernformen einigermaßen die Köpfe über Wasser zu halten. Immer mehr, wohlgemerkt durchschnittlich bis gut begabte Kinder, bringen hier nicht mehr die Kapazität auf, sich auch noch den Schulstoff genügend anzueignen.

Yvonne Weber Häner, Flurlingen

Veranstaltungshinweise

«Das Lernen der Kinder ins Zentrum stellen»
Vortrag von Carl Bossard



Das Lernen der Kinder ins Zentrum stellen

«Wo eine gute Lehrerin,
ein guter Lehrer am Werk ist,
da ist die Welt ein bisschen besser»

Vortrag und Diskussion

Dr. Carl Bossard

Gründungsrektor Pädagogische Hochschule Zug

www.carlbossard.ch

Gute Lehrerinnen sind mehr als nur Coachs und Lernbegleiterinnen. Gute Lehrer sind nicht einfach Verwalter von (LP 21-)Kompetenzen. Gute Lehrpersonen steuern den Unterricht und stellen das Lernen der Kinder ins Zentrum – im Wissen: Selbständig und frei werden sie nicht über selbstreguliertes Lernen oder Lernen ohne Lehrer LoL. Der Weg führt gemäss John Hattie über eine schülerorientierte Lehrersteuerung.

Freitag, 15. Juni 2018, 19.00 Uhr
Äbtstube im Hof zu Wil

Veranstalter: Verein Starke Volksschule St. Gallen

kontakt@starkevolksschulesg.ch

www.starkevolksschulesg.ch

«Von der Energie menschlicher Beziehung – im Zeitalter der Digitalisierung» Vortrag von Carl Bossard

Eltern für eine gute Volksschule

Einladung zum Vortrag von Dr. Carl Bossard

Von der Energie menschlicher Beziehung – im Zeitalter der Digitalisierung



«Alle reden von Digitalisierung und von Kompetenzen. Darin und im selbstorganisierten Lernen sehen sie das Zaubermittel für die Zukunft unserer Kinder. Doch der Aufbau von Wissen und Können braucht Beziehung und Vertrauen - das gilt für die Schule, das gilt für die Familie.»

Carl Bossard, Dr. phil., ist Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug. Davor war er als Rektor der Kantonalen Mittelschule Nidwalden und Direktor der Kantonsschule Luzern tätig. Heute berät er Schulen und leitet Weiterbildungskurse. Er beschäftigt sich mit schulgeschichtlichen und bildungspolitischen Fragen.

Samstag, 23. Juni 2018

14.00 – 17.00 Uhr

Begegnungsraum Oberwiesen der Evangelischen Kirchgemeinde
Häberlinstrasse 50, 8500 Frauenfeld

Pause mit Kaffee und Kuchen
Ausführliche Diskussion

Mit unserer Vortragsreihe, die wir in lockerer Folge in verschiedenen Kantonen durchführen, möchten wir die Diskussion über die Schule unserer Kinder aufgreifen. Immer mehr Eltern hinterfragen den Einsatz der sogenannten modernen «Lern»-Formen und -Technologien und suchen Wege zur Erlangung einer echten Medienmündigkeit. Auf unserer Homepage finden Sie unsere «Elternbriefe», in denen wir unsere Vorstellung einer guten Volksschule dargelegt haben.

Freier Eintritt: Es wird um eine Spende zur Deckung der Unkosten gebeten.
Bitte melden Sie den Bedarf einer Kinderbetreuung vorab über unsere Homepage an.

www.elternfuereinegutevolksschule.ch